

BVK: Vermittler sind nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung

Michael H. Heinz

© BVK Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute e.V.

BVK setzt als führender Vermittlerverband mit seinem Leitantrag Leitplanken für die Politik

Einstimmig nahmen die Delegierten der Jahresmitgliederversammlung des Bundesverbandes Deutscher Versicherungskaufleute (BVK) den [Leitantrag „Vermittler sind als qualifizierte Berater Teil der Lösung des sozialpolitischen Auftrags der Altersvorsorge in Europa!“](#) an.

Der Leitantrag reflektiert die komplexe Situation, in denen die Versicherungsvermittler derzeit ihre Kundendienstleistungen erbringen: Sie ist gekennzeichnet durch die interessenpolitische Auseinandersetzung im Rahmen der EU-Kleinanlegerstrategie und durch die Debatte um die Zukunft der gesetzlichen Rente sowie der Reform der privaten Altersvorsorge. Außerdem sind Vermittler von der umwälzenden Entwicklung durch Anwendungen der Künstlichen Intelligenz betroffen.

In der Debatte um die EU-Kleinanlegerstrategie setzt sich der BVK für eine Koexistenz von Provisions- und Honorarvergütung ein. Denn sie fördert den Wettbewerb und sorgt für Beratungsvielfalt. Provisionsverbote – auch partielle – lehnt der Verband strikt ab. Für den Erhalt des unabhängigen Maklers wird der BVK weiter kämpfen.

Reform gesetzlicher und privater Altersvorsorge nötig

Im Hinblick auf die rentenpolitische Diskussion und die Einrichtung eines Staatsfonds – Stichwort „Generationenkapital“ – kritisiert der BVK den unzureichenden und schuldenfinanzierten Kapitaleinsatz und – durch das Aussetzen des Nachhaltigkeitsfaktors – eine mangelnde Generationengerechtigkeit. Um die gesetzliche Rente nachhaltig finanzierbar zu halten, plädiert der Leitantrag für eine moderate und gleichzeitige Anhebung des Renteneintrittsalters und des Beitragssatzes sowie eine Anpassung des Rentenniveaus.

Zugleich ist die Notwendigkeit von Reformen in der privaten Altersvorsorge wichtiger denn je, wobei der BVK verschiedene Vorschläge zur Reform der Riester-Rente unterbreitete, in dem die Riester-Rente u. a. entbürokratisiert, für Selbstständige geöffnet und durch den Verzicht auf Garantien renditestärker gestaltet wird. In diesem Kontext wird die für 2025 obligatorische digitale Rentenübersicht als ein positiver Schritt zur Identifizierung von Versorgungslücken ebenso begrüßt wie der Bestandsschutz für bestehende Riester-Verträge.

Im Hinblick auf die große sozialpolitische Bedeutung des Berufsstands für die Absicherung der Bevölkerung, lehnt der BVK Pläne zur Übertragung der Aufsicht auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ab. Sie wären für Vermittler mit erheblichen Kostensteigerungen verbunden, ohne einen Mehrwert für Kunden. Die bewährte Aufsicht durch die Industrie- und Handelskammern sollte daher beibehalten werden.

„In einer einvernehmlichen Atmosphäre wurde der Leitantrag verabschiedet“, konstatiert BVK-Präsident Michael H. Heinz. „Die Delegiertenversammlung stellte klar, dass der Berufsstand Teil der Lösung für die zukünftigen Aufgaben der Altersvorsorge, qualifizierter Kundenberatung und generationengerechter Absicherung ist. In diesem Sinne wird der BVK weiterhin eng mit den politischen Entscheidungsträgern zusammenarbeiten.“